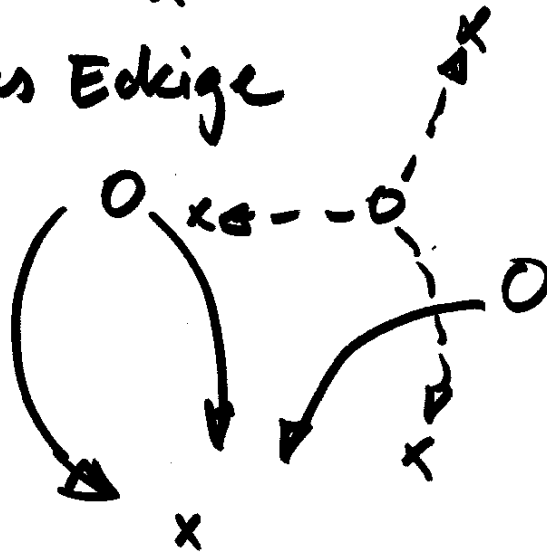




Stellungnahme

Impulspapier: Strom 2030

Das Runde
muss in
das Eckige



energie neu denken gUG
www.energie-neu-denken.de
info@energie-neu-denken.de
Volkartstr. 46
80636 München
Tel: 089 35 65 33 44

Allgemeines

energie neu denken teilt viele der 12 Visionen, die in dem Impulspapier Strom 2030 dargestellt werden. Möglicherweise gewichten wir sie zeitlich und räumlich anders, aber grundsätzlich haben wir ein ähnliches Ziel.

Vielen Punkten aus Ihrer Einleitung müssen wir allerdings vehement widersprechen.

Auf jeden Fall hat die Liberalisierung primär nichts oder kaum etwas mit einer nachhaltigen Energieversorgung zu tun. Nach Einführung der Liberalisierung haben sich eher Oligopole und hohe Preise gebildet. Neuanlagen entstanden kaum, weil in dem Markt nach Merit Order nur für die großen Firmen mit vielen Bestandsanlagen ausreichend Verdienstmöglichkeiten entstanden.

Erst das EEG hat für einen sicheren Rahmen gesorgt, in dem Anlagen ausgebaut wurden, Industrie entstand und die Projektierungskosten fielen. Die Konkurrenz und das große Stromangebot sorgten - neben der Wirtschaftskrise – für fallende Preise. Die Versorgungssicherheit hat zugenommen.

Diese Energiewende kam trotz zunehmendem Gegenwind aus der alten Industrie und aus der Politik sehr gut voran. Der Ausbau stieg jährlich. Die Menschen wünschen sich auch jetzt immer noch einen beschleunigten Ausbau Erneuerbarer Energien, meist sogar in ihrer Nachbarschaft. Im Lauf der Jahre sind auf zukunftsweisenden Sektoren Arbeitsplätze entstanden, die mittlerweile systemrelevant sind. Doch damit könnte jetzt Schluss sein, wenn das BMWi bei den bestehenden Plänen bleibt.

Alles angeblich für verstetigte Strompreise? Die Fachleute im BMWi wissen selbst, dass die EEG-Umlage eigentlich weiter gestiegen wäre, wenn die Übertragungsnetzbetreiber nicht die Liquiditätsreserve herunter gesetzt hätten. Dann würde der gefallene Börsenstrompreis die gestiegene EEG-Umlage 2017 nicht mehr ausgleichen.

Die Energiewende wird nun fast bis zum Stillstand ausgebremst. Firmen gehen insolvent, hochwertige Arbeitsplätze werden vernichtet. Wo Netzausbau oder Effizienz vorangekommen sind, sehen wir nicht.



Sie suchen nach den richtigen Weichenstellungen, um Fehlinvestitionen zu vermeiden und kosteneffiziente Pfade einzuschlagen. Insgesamt scheint es uns viel eher so, dass wir bei einem Strukturwandel Mut beweisen müssen und zwar in zwei Richtungen. Wir müssen uns trauen wirklich neue Wege zu beschreiten und dürfen dabei ruhig davon ausgehen, dass wir Fehler begehen. Wie immer, besteht - wenn wir diese Fehler erkennen – die Möglichkeit, aus den Fehlern zu lernen. Wir müssen dann schnell und umsichtig gegensteuern.

Von beidem werden wir in unserer Stellungnahme Beispiele bringen. Wir werden mögliche Weichen anbieten, aber auch auf deutliche Fehlstellungen hinweisen.

Grundsätzliches

Privilegien

Als Leitfrage wurde von Ihnen aufgeworfen, mit welchen regulatorischen Rahmenbedingungen sichergestellt werden kann, dass der Markt Anreize aussendet, die Investitionen für den „Energemarkt 2.0“ zur Folge haben.

Hier darf zuallererst die Frage gestellt werden, in welches Flechtwerk diese regulatorischen Rahmenbedingungen eingepasst werden sollen. Denn momentan wimmelt es von Privilegien, deren Beibehaltung ein ständiges Gegensteuern und Nachjustieren erfordern würde und die auch wesentliche Grundpfeiler einer erfolgreichen Energiewende vollständig außer Acht lassen.

Ein regulatorischer Rahmen muss also bei einer stetigen Verschlinkung der Privilegien ansetzen und dabei fortwährend am ausgegebenen Ziel gespiegelt sein die Treibhausgasemissionen und den Energieverbrauch bis auf ein Minimum zu reduzieren.

Bestehende Privilegien konterkarieren diese Ziele und führen zudem zu volkswirtschaftlichen Fehlsteuerungen!

Die Privilegien der stromintensiven Industrie bezüglich der EEG-Umlage führen zu einen zu ungerechten Umverteilungen, sie widersprechen aber vor allem vollkommen dem Effizienzgedanken, den das Impulspapier Strom 2030



an anderen Stellen dankenswerterweise sehr stark hervorhebt. Wenn die Industrieprivilegien bestehen bleiben, wird gar keine signifikante Effizienz ermöglicht, da vor allem die strukturell wesentlichen Großverbraucher gar nicht am System teilnehmen. Wir wollen uns deshalb mindestens dem Vorschlag des Deutsche Unternehmensinitiative Energieeffizienz (DENEFF) e.V. anschließen, der für stromkostenintensive Unternehmen im Rahmen des EEG eine Mitwirkungs- und Auskunftspflicht über mögliche und umgesetzte effizienzsteigernde Maßnahmen vorschlägt und den Nachweis geeigneter Energieleistungskennzahlen empfiehlt um einen zeitlichen Vergleich der Energieeffizienz wesentlicher energieverbrauchender Systeme innerhalb des Unternehmens und zwischen ähnlichen Systemen zu ermöglichen. Insgesamt müssen die Industrieprivilegien sukzessive zurück gefahren werden, weil sinnvolle Vorschläge, wie zum Beispiel eine dynamische EEG-Umlage nur funktionieren, wenn es überhaupt Ansätze für eine Dynamisierung gibt.

Auch die alten Privilegien beim Kraftwerkseigenverbrauch müssen zwingend zurück gefahren werden, weil sie das System stören und damit die Kosten erhöhen.

Daneben müssen veraltete Netzentgeltnachlässe dringend an dem Bedarf der Erneuerbaren Energien ausgerichtet werden. Der Markt muss so geregelt werden, dass sich Vielverbraucher nur mit zeit- und möglichst ortsnahe systemstabilisierendem Ausgleich eine finanzielle Entlastung erarbeiten können.

Für einen funktionsfähigen Rahmen ist der Privilegien-Aspekt aber noch deutlich weiter zu fassen. So sehen wir es als Privileg, dass auch Energieträger, wie Braunkohle, Öl, Erdgas oder Uran ihre externen Kosten derzeit sozialisieren.

Die Brennelementesteuer muss bleiben und auf europäischer Ebene implementiert werden.

CO₂ braucht einen festen Preis und dieser besteht unserer Ansicht nach in einer CO₂-Steuer. Der CO₂ Zertifikate Handel EU ETS ist lobbyanfällig und konterkarieren nationale und regionale Klimabemühungen. Die CO₂-Steuer

muss auf europäischer Ebene festgesetzt werden und dient zur Refinanzierung der EEG-Umlage oder des gesamten Strukturwandels.

Der Abbau der genannten Privilegien wird nicht nur dazu führen, dass der Strommarkt besser funktioniert. Er wird auch zur Folge haben, dass Braunkohlekraftwerke unrentabel werden, die Investitionen in zukunftsweisende Kraftwerkstechnologien fließen und damit der Strukturwandel zielgerichtet, schlank und kostengünstig vorankommt.

Regionaler Ausgleich

Die Nutzung der Erneuerbaren Energien nicht nur zeitlich sondern auch örtlich nach ihrem Angebot auszurichten spart Kosten!

Der Aspekt, zur richtigen Zeit zu nutzen, wurde vom BMWi im Grünbuch Energiewende aufgegriffen, um Preisanreize zu setzen und die vorhandenen Erneuerbaren Energien besser nutzen zu können. Mal gibt es Strom günstig, mal steigt der Preis. Darauf reagieren dann die Verbraucher und nutzen mehr oder weniger Energie.

Die regulatorischen Rahmenbedingungen für einen Energiemarkt 2.0 müssen aber zusätzlich um eine regionale Komponente erweitert werden. Die Erneuerbaren Energien dürfen nicht nur zur richtigen Zeit sondern müssen auch am richtigen Ort genutzt werden. Sonst kommt es zu Fehlanreizen, wenn zum Beispiel wetterbedingt insgesamt Knappheit herrscht, in manchen Regionen allerdings Überschüsse bestehen. Dann steigt der Strompreis und Verbraucher gehen vom Netz. Für die Regionen mit viel Strom vergrößert sich der Ausgleichsbedarf. Solche Fehlanreize führen zu einem unnötigen, rohstoff- und kostenintensiven Ausbaubedarf in vielen Verteilnetzen.

Wenn die Verbraucher die Erneuerbaren Energien aber am rechten Ort nutzen, dann sinken die Systemkosten, weil weniger Kraftwerke strategisch hoch und runter gefahren werden müssen. Langfristig betrachtet setzt ein regionaler Ausgleich auch Preisanreize zu Einsparungen in Bezug auf Netzausbau, Speicher und Ausgleichskraftwerke. Sektorenkopplung entsteht dann von ganz allein.

Das kann entweder über Sonderrechte für Verteilnetzbetreiber oder regionalisierte Preiskomponenten erfolgen.

Strukturwandel

Sie stellen die Frage, mittels welcher Maßnahmen der Strukturwandel in den Regionen begleitet werden kann und wo neue Investitionen und Wertschöpfung entwickelt werden können.

Diese Frage setzt aus unserer Sicht am falschen Ende an. Fakt ist, dass es Ziel sein muss, den Verlust weiterer wertvoller Marktsegmente im Bereich der Erneuerbaren Energien zu vermeiden und dadurch Arbeitsplätze zu sichern. Im Moment ist der Ausbau der Erneuerbaren Energien dank technischer Verbesserungen und zahlreicher innovativer und zukunftsorientierter mittelständischer Unternehmen so günstig wie nie zuvor. Gerade im wissenschaftlichen Bereich ist Deutschland noch führend. Es geht also primär darum, keine weiteren Arbeitsplätze in dieser Branche zu verlieren. Derzeit werden im Bereich der Braunkohle in NRW und der Lausitz etwa 18.000 Arbeitsplätze verteidigt. Im Bereich der Erneuerbaren Energien gingen wegen unnötiger Ausbaubeschränkungen in den letzten 3 Jahren dagegen mindestens 20.000 Arbeitsplätze verloren. Wenn wir den Klimawandel ernsthaft bekämpfen wollen, muss der Strukturwandel also insbesondere der Ausbau der Erneuerbaren Energien schneller umgesetzt werden und bis 2040 abgeschlossen sein.

Es geht also nicht um „Fehlinvestitionen in fossile Strukturen“ sondern primär um Investitionen in Technologiefelder im Zusammenhang mit Erneuerbaren Energien und den Erhalt der vorhandenen Arbeitsplätze auf diesem Sektor. Denn jeder Arbeitsplatz im Bereich der Erneuerbaren Energien ist ein Arbeitsplatz in einem Bereich, wo Deutschland führend ist. Er stellt also einen Katalysator für die Schaffung neuer Arbeitsplätze dar. Regional gesehen gilt das gerade auch in den Braunkohlegebieten, wo Arbeitsplätze in diesem Bereich zuletzt vernichtet wurden.



Wir kommen zurück auf die Frage, mittels welcher Maßnahmen der Strukturwandel in den Regionen begleitet werden kann, deren Antwort vor diesem Hintergrund auf der Hand liegt. **Die Deckelung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien muss aufgehoben werden und durch ein Auslichten des Privilegiendickichts gegenfinanziert werden.** Getrieben dadurch werden Kohlekraftwerke beständig aus dem Markt gehen. Die endgültige Nutzungsdauer muss 2040 (und nicht erst 2050) enden.

Netze

Wir gehen durchaus davon aus, dass ein verstärkter europäischer und deutschlandweiter Netzausbau Kosten und Rohstoffe einspart und deshalb in weiträumigem Ausmaß notwendig wird. Wir schlagen dabei allerdings eine andere Vorgehensweise vor. Unserer Ansicht nach müsste gerade unter dem Aspekt der Effizienz vorerst eine regionale Verteilung durch sinnvolle Marktlenkung forciert werden. Erst in einem weiteren Schritt können wir überhaupt bemessen, welche Anlagenverteilung sich innerhalb Deutschlands durchsetzt und welche Rolle Europa spielen kann.

Bezogen auf Europa begrüßen wir ein verstärktes gemeinsames Monitoring und gegenseitige Unterstützung in Bezug auf nationale Versorgungssicherheit. Die Herangehensweisen sind allerdings für einen Mischmarkt derzeit noch zu unterschiedlich. Gerade unsere direkten Nachbarländer setzen immer noch sehr stark auf inflexible Grundlastkraftwerke (Braunkohle und Atom). Viele Netze in Osteuropa sind sehr verlustintensiv. Es darf nicht sein, dass Deutschland seine Vorreiterrolle verliert und sich den alten Strukturen angleichen muss. Ein schneller und effizienter Klimaschutz gebietet, dass Deutschland in einem ersten Schritt ein passendes System findet, in dem die Erneuerbaren Energien sinnvoll, kostengünstig und gewinnbringend für alle Sektoren funktionieren. Unsere Nachbarländer werden uns dann umso schneller folgen. Das hat sich schon beim weltweiten Ausbau der Erneuerbaren Energien gezeigt.



Innerhalb Deutschlands formiert sich gegen die Übertragungsnetze nicht nur deshalb Widerstand, weil die Menschen die sogenannten „Trassen“ nicht in ihrer Nachbarschaft haben wollen. Viele Gegner sehen zwei Tatsachen als problematisch an: 1. Die Übertragungsleitungen wurden nicht am Bedarf der Erneuerbaren Energien ausgelegt, sondern richten sich sehr stark an den bestehenden Braunkohleregionen aus. Wie das Impulspapier Strom 2030 sehr richtig feststellt, sollten Investitionen, die eine sehr lange Nutzungsdauer haben gezielt auf eine kohlenstofffreie Produktion ausgerichtet sein. 2. Zum zweiten ist der innerdeutsche Netzausbau sehr stark auf einen europäischen Austausch ausgelegt, der unserer Ansicht nach erst in einem zweiten Schritt deutlich forciert werden sollte.

Viel wichtiger ist es, vorab den physikalischen Ausgleich produktionsnah über gezielte Preisanreize oder Zugeständnisse an die örtlichen Netzbetreiber voran zu treiben.

Sektorenkopplung

33 Prozent gemessen am derzeitigen Stromverbrauch stammen mittlerweile aus erneuerbaren Quellen. Das klingt hoffnungsvoll. Rechnet man eine Sektorenkopplung allerdings mit ein, sehen diese Zahlen – wie wir nachfolgend erläutern - anders aus.

Deutschland verbraucht pro Jahr im Moment etwa 600 Terawattstunden (TWh) Strom. Das BMWi visiert für 2030 einen Stromverbrauch von 612 TWh an und will für 2050 durch Einsparungen 561 TWh erreichen. Daraus leitet das Ministerium die Ausbaukorridore ab. Dieser verminderte Stromverbrauch ist ein wichtiger, aber in diesem Zusammenhang leider sehr einseitiger und veralteter Ansatz, denn das BMWi klammert die Sektoren Wärme, Mobilität und Industrie aus.

Vergleicht man die bestehenden Studien zu Sektorenkopplung, dann muss man höchstwahrscheinlich von einem höheren Stromverbrauch ausgehen. Viele Studien zur Sektorenkoppelung richten sich nach dem vom BMWi geplanten Stromverbrauch und erreichen diese Werte nur mit einer massiven



Energieeinsparung von bis zu 80 Prozent (was wünschenswert, aber wohl unrealistisch ist).

Wissenschaftliche Studien, die Sektorenkoppelung unabhängig von bundespolitischen Zahlenvorgaben betrachten, gehen dagegen von einer deutlichen Steigerung des Strombedarfs aus. Das Umweltbundesamt (UBA) legte bereits im Oktober 2013 ein umfassendes Szenario vor und gibt einen Jahresstrombedarf von 3.000 TWh bis 2050 an (gegenüber den 561 TWh des BMWi). Die Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) in Berlin lieferte aktuell Zahlen, die die Effizienz bei der Sektorenkopplung stark hervorheben. Obschon in deren Szenario die elektrische Energie kaum umgewandelt, sondern weitgehend direkt (und damit sehr effizient) genutzt wird, gehen die Experten vom HTW mindestens von einer Verdoppelung des heutigen Strombedarfs aus (auf 1.350 TWh).

Vergleichen wir die derzeitigen Erneuerbaren Energien mit dem in Kürze anstehenden Strombedarf, dann wären wir mit den heutigen Erneuerbaren Energien bei einer Deckung von gerade mal 15 Prozent (laut HTW) oder vielleicht sogar nur etwa 6 Prozent (laut UBA). Für eine sichere und nachhaltige Versorgung müssen wir die Sektoren koppeln, benötigen dadurch aber mindestens die Drei- bis Fünffache Geschwindigkeit beim Anlagenausbau von Erneuerbaren Energien.

Wir ziehen daraus die Schlüsse, dass sowohl der Ausbau der Erneuerbaren viel zu langsam angesetzt wird, als auch der Umbau des Strommarktes.

Bei direkten Anwendungen (zum Beispiel möglich bei Mobilität oder Wärme) senkt eine größtmögliche Sektorenkopplung die volkswirtschaftlichen Kosten deutlich.

Für eine kostengünstige und umfassende Energiewende mit Rohstoffunabhängigkeit und größtmöglichem Klimaschutz muss die Bundesregierung so schnell als möglich die effizienten und erprobten Anwendungen aus den Bereichen Mobilität, Heizung und Industrie mit dem



erneuerbaren Strommarkt koppeln, weil nur Wasser-, Wind- und Sonnenenergie zu 100% heimische und nachhaltige Energiequellen darstellen.

Zudem benötigt der erneuerbare Strommarkt die flankierenden Märkte (Heizung, Mobilität und Industrie) als starke Partner zum Ausgleich von Produktionsschwankungen.

Das Impulspapier Strom 2030 stellt die Effizienz vor die Sektorenkopplung. Das sollte überdacht werden, denn wir sehen im Markt bereits jetzt Fehlsteuerungen in Richtung individueller Lösungen. Gerade der Wärmemarkt muss aber über regionale Strompreisanreize möglichst schnell mit dem allgemeinen Strommarkt verbunden werden, damit diese Flexibilitätsoptionen für die Allgemeinheit zur Verfügung stehen und nicht teure Insellösungen entstehen.

Biomasse

Auch wenn wir vorschlagen, bei der Sektorenkopplung mit dem Strommarkt die Effizienz aus Zeitgründen in bestimmten Bereichen etwas außer Acht zu lassen, so weisen wir doch deutlich darauf hin, dass gerade bei einer Verknüpfung von Biomasse mit Verkehr und Industrie äußerste Vorsicht geboten ist. Bevor dieser Gedanke fertig gedacht ist, muss eine Verkehrswende eigentlich schon vollkommen vollzogen sein. Die jüngste Vergangenheit zeigt, dass gerade im Bereich Biomasse Fehlsteuerungen eingeleitet wurden, die nicht nur drastische Folgen für das Klima haben sondern auch die Biodiversität gefährden, ganz zu schweigen von den signifikanten Risiken im Problembereich Welternährung.

Es muss eindeutig klar sein, dass Biomasse nur eine letzte Option für wichtige Transporte in der Mobilität oder chemische Verfahren in der Industrie sein kann.

Fazit

Wir gehen fest davon aus, dass sich durch eine Umstellung des Strommarktes auf die Notwendigkeiten der Erneuerbaren Energien die meisten Kostenpunkte neutralisieren. Es ist dabei allerdings wichtig, sich von den alten Technologien und Privilegien endgültig zu verabschieden.

energie neu denken gUG (haftungsbeschränkt)

www.energie-neu-denken.de

info@energie-neu-denken.de

Volkartstr. 46

80636 München

Tel: 089 - 35 65 33 44

Fax: 089 - 35 65 33 43

Steuernummer 143/237/23819

HRB: 186142

Amtsgericht München

Geschäftsführung

Hiltrud Meier-Staude